

Polen

Hundert Jahre Zweisamkeit

Das Verhältnis von Deutschen und Polen hat sich grundlegend gewandelt, seit die Kaiser Deutschlands und Österreichs die „polnische Frage“ im November 1916 zu einer Waffe im Kampf gegen das Zarenreich machen wollten. Wie das wiederauferstandene Land und die einstige Teilungs- und Besatzungsmacht langsam zueinander gefunden haben.

30.11.2016, von ADAM KRZEMINSKI



© ULLSTEIN

Im November 1916 wurde von den Herrschern der beiden deutschsprachigen Monarchien die „polnische Frage“ wieder auf die europäische Agenda gesetzt: In der Zweikaisererklärung vom 5. November 1916 kündigten der Preuße Wilhelm II. und der Habsburger Franz Joseph I. ein Regentschaftskönigreich Polen an. Eine echte Staatsgründung war das zwar nicht, aber es war der erste internationale Akt auf dem Weg zur Wiedergeburt des im 18. Jahrhundert von Preußen, Russland und Österreich zerschlagenen polnischen Staates. Vollzogen wurde sie in den Jahren darauf: mit dem Kollaps der Mittelmächte und der Ausrufung der Unabhängigkeit im November 1918, mit dem Versailler Vertrag 1919 in Versailles sowie mit dem Sieg über die Rote Armee 1920.

Über die Grenzen und die Souveränität des künftigen polnischen Königreichs schwiegen sich die beiden Kaiser aus. Sie sahen auch keine Wiedervereinigung aller drei Teilungsgebiete vor, denn das neue Staatswesen sollte allein auf dem Gebiet „Russisch-Polens“ entstehen. Dennoch lösten sie eine Kettenreaktion aus, die in den nächsten hundert Jahren die europäische Geschichte dramatisch prägte. Um das zu ermessen, muss man sich nur vergegenwärtigen, welche gewaltigen Sprünge die Beziehungen zwischen Deutschen und Polen seit damals im Vierteljahrhunderttakt gemacht haben: 1916 - 1941 - 1966 - 1991 - 2016.

Der Erste Weltkrieg brach nicht wegen Polen aus. Und keine der drei Teilungsmächte mit polnischen Provinzen hatte Pläne für eine Lösung der „polnischen Frage“. Am ehesten war das noch in Wien der Fall: Die k. u. k. Monarchie ließ polnische Schützen-Verbände formieren, die unter der Führung des späteren Staatsführers Józef Piłsudski am 6. August 1914 in das russische „Kongresspolen“ einmarschierten, um dort einen Aufstand anzuzetteln. Vergeblich: Zu stark waren dort die antideutschen Reflexe wegen der strengen Germanisierungspolitik im preußischen Teilungsgebiet um Posen. Darauf setzte auch Petersburg: Großherzog Michail lockte die Polen mit der Aussicht auf eine Wiedervereinigung im Rahmen des russischen Imperiums. Doch sein vom Zaren nicht bestätigtes Manifest besaß kein staatsrechtliches Gewicht.

Für Berlin war eine Irredenta in Russisch-Polen immer eine heikle Sache. Bei jeder Auflehnung dort im 19. Jahrhundert riegelte die preußische Armee Kongresspolen mit einem „cordon sanitaire“ ab, um ein Überschwappen des Aufstands nach Posen zu verhindern. Polen war für Reichskanzler Otto von Bismarck ein Kitt der deutsch-russischen Allianz. Sollte es je zum Krieg zwischen den beiden kommen - knurrte er 1883 -, werde Deutschland nicht umhinkommen, ein Polen bis zum Dnjepr wiedererrichten zu müssen.

Als es den Mittelmächten im Sommer 1915 gelang, die russischen Truppen aus Polen zu verdrängen, wurde das besetzte Russisch-Polen durch eine kaum passierbare Grenze in zwei Generalgouvernements aufgeteilt, mit massiven Requisitionen und Repressalien. Doch Bismarcks Albtraum wurde schon bald akut. Die Volkszählung im besetzten Gebiet ergab mehr als eine Million junger Männer. Generalquartiermeister Erich Ludendorff rechnete diese Zahl prompt in 50 Divisionen polnischer Hilfstruppen um. Die konnte man aber nur mit irgendeiner Form polnischer Souveränität bekommen. Die Umwandlung der russischsprachigen Warschauer Hochschulen in polnische (unter deutscher Verwaltung) war eine Geste. Dennoch blieb „Kongresspolen“ misstrauisch,

zumal der den Polen eher zugeneigte deutsche Generalgouverneur Hans von Beseler gegenüber den eigenen „Bismarckianern“ einen schweren Stand hatte. Ihnen schwebte eher eine Ostverschiebung Restpolens mit massiven Aussiedlungen aus einem zu annektierenden „Schutzstreifen“ vor.

Es war ein Patt an den Fronten, das die Wende erzwang. Im Sommer 1916 brachte die „Knochenmühle“ von Verdun keine Entscheidung. Anfang Juli beeindruckten Piłsudskis Legionen Ludendorff mit ihrer Haltung während der russischen Brussilow-Offensive. Doch zu einem Quantensprung in ihren Zugeständnissen an die Polen waren die Mittelmächte nicht bereit, weswegen Piłsudski demonstrativ die Führung der Legionen niederlegte.

Der Rubikon wurde am 5. November überschritten. So nebulös und halbherzig die Zweikaiserproklamation auch war, sie brachte doch international den Stein ins Rollen. Einer der letzten Erfolge der zaristischen Diplomatie war die französische Versicherung, Paris werde Russland die Festlegung der künftigen Ostgrenze Deutschlands überlassen. Doch schon zwei Wochen später, am 22. Januar 1917 - also ein Jahr vor seinem „14-Punkte-Programm“ -, sprach der amerikanische Präsident Woodrow Wilson im Senat von einem „vereinten, selbständigen und souveränen Polen“. Und als im März der Zar infolge der Februar-Revolution abdankte, prangerte die neue russische Regierung die Verlogenheit der bisherigen Polen-Politik an. Nun wurden auch in Russland und Frankreich polnische Verbände formiert, und polnische Politiker und Aktivisten trafen auf offenere Ohren.

Der Pferdefuß der Zweikaiserproklamation war jedoch unübersehbar. Generalgouverneur von Beseler übernahm feierlich in Warschau auf dem Sächsischen Platz (später Piłsudski-, Hitler-, Stalin-, Sieges- und heute wieder Piłsudski-Platz) den Oberbefehl über die Legionen. Im Sommer 1917 brach ein offener Konflikt mit den Besatzern aus, als Piłsudski und ein Teil seiner Offiziere und Soldaten den Treueid auf die Waffenbruderschaft mit den Mittelmächten verweigerten und daraufhin interniert wurden.

Der Oktober-Putsch der Bolschewiki in Russland wenige Monate später eröffnete den Mittelmächten den Weg zum Separatfrieden im Osten. Während die Bolschewiki ursprünglich durchaus meinten, Piłsudski könne Polen vertreten, verwehrten die Deutschen den Polen jegliche Beteiligung an den Verhandlungen in Brest-Litowsk. Nicht zum ersten und nicht zum letzten Mal wurde den Polen demonstriert, dass sie in Fragen, die sie existentiell betrafen, „not part of the game“ waren.

Mit ihrem Vorstoß bis an die Narva und den Dnjepr zwangen dann die Deutschen den auf Zeit spielenden Bolschewiki einen Frieden auf, der in Polen helle Empörung erregte, weil in Parallelverhandlungen mit den Ukrainern die Aufteilung Galiziens und die territoriale Beschneidung des immer noch gestaltlosen „Königreichs Polen“ abgemacht wurde. Die Polen selbst wurden einfach zur Seite geschubst und betrogen.

Als am 11. November 1918 Józef Piłsudski nach der Internierung in Magdeburg in Warschau eintraf (der Tag wird in Polen heute als Unabhängigkeitstag gefeiert), zählte die „Polnische Wehrmacht“ ganze 139 Offiziere und 2600 Soldaten, während diverse polnische Truppen immer stärker wurden und für den Fall der deutschen Niederlage einen Aufstand gegen die Besatzer und Möchtegern-Gönner vorbereiteten. Der brach im Dezember 1918 auch aus: im preußischen Teilungsgebiet, in Posen. Das amorphe Regentschaftskönigreich von Kaisers Gnaden wird in der Geschichte des polnischen Staatswesens schnell übersprungen. Dennoch wurde in dieser Zeit wichtige juristische und organisatorische Vorarbeit für das künftige souveräne Polen geleistet.

Der polnische Staat entsprang auch der günstigen Konstellation, dass alle drei Teilungsmächte gleichzeitig kollabierten, aber das Chaos der Kriegs- und Nachkriegszeit war nicht die einzige Voraussetzung. Er war eine Leistung sowohl der polnischen Führungsschicht, die in kurzer Zeit funktionierende staatliche Institutionen aufzubauen vermochte, als auch der polnischen Gesellschaft, die - seit Generationen durch drei unterschiedliche Staatswesen geprägt - die sozialen Verstörungen, die mit der Aufhebung des bisher Selbstverständlichen einhergingen, wie auch die großen militärischen Lasten der Grenzkonflikte, Kriege und Aufstände mittrug.

Allerdings blieb der Friede auch nach Piłsudskis Sieg über die Rote Armee 1920 und dem Ende der Grenzkämpfe in Schlesien wackelig. In der Weimarer Republik galt Polen als bloßer „Saisonstaat“. Eine Folge war die geheime Zusammenarbeit von Reichswehr und Roter Armee im Rahmen der „Rapallo-Politik“ (1922). 1925 lehnte der deutsche Außenminister und spätere Friedensnobelpreisträger Gustav Stresemann, der soeben in Locarno die neue deutsche Westgrenze anerkannt hatte, ein entsprechendes „Ost-Locarno“ entschieden ab. Im Gegenteil: Warschauer Entscheidung, jene Deutschen, die nicht polnische Staatsbürger werden wollten, des Landes zu verweisen, nahm er zum Vorwand für einen deutsch-polnischen „Zollkrieg“, der Polens Wirtschaft lähmen und Grenzrevisionen erzwingen sollte. Das gab er auch

unumwunden als Ziel seiner Politik zu. Und er bekräftigte sie durch einen Freundschaftspakt mit der Sowjetunion.

Um Polen zusätzlich zu isolieren, machte Stresemann 1926 den deutschen Beitritt zum Völkerbund davon abhängig, dass Warschau auf keinen Fall durch einen ständigen Sitz im Völkerbundsrat aufgewertet würde. Genau das hatte aber Paris den Polen mit dem Hintergedanken versprochen, dann als Vermittler und nicht als Anwalt Polens im deutsch-polnischen Streit auftreten zu können. Nach außen warnte Stresemann vor einer Bestärkung Polens in seinen „gefährlichen Ambitionen und militaristischen Tendenzen“. Den eigentlichen Grund der deutschen Position formulierte die Ostabteilung im Auswärtigen Amt - in einer internen Denkschrift: Eine solche Aufwertung Polens wäre ein „fast unüberwindliches Hindernis für unsere Grenzwünsche“.

Hitlers Machtübernahme brachte zeitweise eine überraschende Entspannung in das vertrackte Verhältnis. Auf beiden Seiten war das kurzfristiges Kalkül und keine historische Verbrüderung. Enttäuscht von der französischen Distanz schickte Piłsudski bereits 1930 einen Emissär zu Hitler als dem möglichen kommendem Mann. Als aber im Februar 1933 der neue Reichskanzler in einem Interview mit der „Sunday Times“ die polnische Grenze scharf angriff, antwortete Piłsudski prompt mit spektakulären Manövern und teilweiser Mobilmachung. Der deutsche Botschafter Adolf von Moltke war sich in seinen Berichten nicht sicher, ob der Marschall tatsächlich an einen Präventivkrieg dachte oder ob er nur Druck ausüben wollte.

Piłsudski lag mit seinen Befürchtungen richtig. Im Februar 1933 sagte Hitler der Reichswehrführung, sein Ziel sei die Ausweitung des Lebensraums im Osten „mit bewaffneter Hand“. Und weiter: „Eine Germanisierung der Bevölkerung des annektierten bzw. eroberten Landes ist nicht möglich. Man kann nur Boden germanisieren.“ Öffentlich hielt er aber im Reichstag eine große Friedensrede: „Franzosen, Polen und so weiter sind unsere Nachbarvölker, und wir wissen, dass kein geschichtlich denkbarer Vorgang diese Wirklichkeit ändern könnte.“

Die deutsch-polnische Nichtangriffserklärung vom 26. Januar 1934 überraschte Europa, obwohl Polen eine ähnliche Erklärung bereits 1932 mit der Sowjetunion abgeschlossen hatte. Es wurden einige offizielle Brücken geschlagen: Man besuchte sich gegenseitig, gründete eine deutsch-polnische Gesellschaft und sogar eine Schulbuchkommission. Das polnische Außenministerium gab - nachzulesen in einer exzellenten Studie von Stanisław

Żerko - gar die Planung einer extritorialen Autobahn (auf Stelzen) über den „Korridor“ nach Ostpreußen in Auftrag und stoppte sie erst, als klar wurde, dass Danzig nur ein Vorwand war. Die Nichtangriffserklärung sollte zehn Jahre gelten. Doch Piłsudski schätzte die Verfallsfrist auf nur fünf Jahre. Seine Strategie beruhte auf Äquidistanz zu beiden großen revisionistischen Nachbarn.

Heute geistert durch nationalkonservative Kreise eine Debatte, ob Warschau 1939 nicht doch auf Hitlers „großzügiges Angebot“ hätte eingehen, „Grenzkorrekturen“ im „Korridor“ hinnehmen und sich gemeinsam mit ihm gegen Stalins Sowjetunion wenden sollen. In Hitlers Kriegstross wäre Polen genauso gut gefahren wie Rumänien oder Ungarn - schreibt Piotr Zychowicz in seinem Bestseller „Der Ribbentrop-Beck-Pakt“. Polen hätte nur wie Italien 1943 rechtzeitig abspringen müssen. Wie infantil solche nachträglichen kontrafaktischen Überlegungen sind, zeigt das ungarische Beispiel: Admiral Horthy scheiterte 1944 mit dem Versuch, die Fronten zu wechseln. Er musste die Macht an die ungarischen Faschisten übergeben, die den ungarischen Staat zum Handlanger des Holocaust machten.

Polen lehnte im Mai 1939 die Rolle eines Helfers des Dritten Reichs ab. Es setzte auf sein Bündnis mit Frankreich und die britischen Garantien und sah sich bald einer Allianz seiner beiden übermächtigen Nachbarn ausgesetzt. Ihr gemeinschaftlicher Überfall auf Polen im September 1939 schien die Geschichte unwiderruflich rückgängig zu machen. Nicht nur der Staat sollte verschwinden, sondern - nach einer Abmachung von NKWD und Gestapo im November in Zakopane - auch seine Führungsschicht. Tausende in der Sowjetunion internierte polnische Offiziere und Beamte wurden im selben Monat erschossen, in dem in Auschwitz das Stammlager für polnische „Unruhestifter“ errichtet wurde.

Das deutsch besetzte Polen hieß so wie im Ersten Weltkrieg - „Generalgouvernement“. Doch der NS-Generalgouverneur Hans Frank war kein Hans von Beseler. Wo 1916 ein „Regentschaftskönigreich“ errichtet werden sollte, sollte nun ein Reservat für polnische Heloten - mit nur vierklassigen Elementarschulen - sein, solange sie nicht durch deutsche Siedler ersetzt würden. Doch 1941 gab es einen polnischen Staat - im Untergrund - und eine polnische Regierung, in London, an der Seite der nach dem französischen Desaster einsam im Krieg verharrenden Briten.

1941 änderte Hitlers Krieg im Osten die Koordinaten der Weltpolitik - nicht jedoch seine Polen-Politik. Nach dem barbarischen Vorgehen gegen die „Untermenschen“ im besetzten Polen seit 1939 war es nach Stalingrad selbst aus Berliner Sicht unvorstellbar, Polen zur Verteidigung der nazistischen „Festung Europa“ vor der „bolschewistischen Flut“ zu gewinnen. Der Warschauer Aufstand 1944 betonte noch einmal den polnischen Wunsch nach Äquidistanz gegenüber den beiden Aggressoren von 1939: Militärisch galt er den Deutschen, politisch den sowjetischen „Befreiern“, die diesmal zwar „Alliierte unserer Alliierten“ waren, zugleich aber die Hälfte des polnischen Vorkriegsterritoriums für sich beanspruchten und Restpolen ein Zwangsregime aufdrückten.

Im Polen der unmittelbaren Nachkriegszeit, als man nach dem Horror der deutschen Besatzung selbst in katholischen Medien über ein Recht auf Hass und Rache diskutierte, galt die Oder-Neiße-Grenze des nach Westen verschobenen Polen nicht allein als Entschädigung für die von Stalin annektierten Ostgebiete, sondern auch als Anker einer neuen Selbstwahrnehmung: Wenn schon ein Spielball der Großen, dann war man, nach der „Entfernung“ der Deutschen vom eigenen Gebiet, zumindest „unter sich“ und hatte zum „Erbfeind“ die kürzeste Grenze. Viele Deutsche wiederum verbanden mit ihr nicht nur das Trauma der Vertreibungen, sondern wohl auch ein latentes Gefühl der Demütigung, weil ihr „Nutznießer“ - wider die „Hackordnung“ - kein wahrer Kriegssieger war, sondern das polnische Stehaufmännchen. Königsberg war 1945 an eine Supermacht gefallen, daran rüttelten nicht einmal die Vertriebenenverbände, aber bei Breslau und Stettin versteckte man sich hinter dem Rechtsstandpunkt des Friedensvertragsvorbehaltes. So konnte Adenauer seine Westpolitik mit der Ablehnung der Oder-Neiße-Grenze absichern und den Ausgleich mit Polen auf den Sankt-Nimmerleins-Tag der polnischen Freiheit vertagen.

Auch Moskau kam der Bonner Revisionsanspruch gelegen, konnte es doch als Garant der Oder-Neiße-Grenze Warschau besser an der Kandare halten. Einerseits zwang Stalin der SED die Anerkennung der „Freundschaftsgrenze“ auf, andererseits machte Chruschtschow 1955 die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu Bonn keineswegs von der Grenzankennung abhängig. Vielmehr drohte er während des „polnischen Oktobers“ ein Jahr später der unbotmäßigen polnischen Parteiführung mit einer Internationalisierung Stettins. Als dann Polen, anders als Ungarn, einen Kompromiss mit Moskau und Freiräume für sich herausschlug, wurde es nach und nach auch in Westdeutschland anders angesehen.

Eine historische Wende im deutschen Polen-Bild leitete 1961 der Mauerbau ein. Zum Fundament der neuen deutschen Ostpolitik wurde die Einsicht, dass eine Aufweichung der deutschen Spaltung nur über die Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze zu erreichen war. Und nicht als Lippenbekenntnis, sondern als historischer Ausgleich und moralisch bedingte Versöhnung mit dem verkannten Nachbarn. In Egon Bahrs Tutzingener Rede 1963 und später im Prinzip „Russland zuerst“ der Bonner Ostvertragsverhandlungen stand die Realpolitik im Vordergrund.

Im Ostmemorandum der EKD 1965 wie auch in dem Satz der polnischen Bischöfe „Wir vergeben und bitten um Vergebung“ im Jahr 1966 ging es dagegen um die moralisch-historische Dimension. Und tatsächlich waren es neben einigen Politikern vor allem Kirchenleute, Künstler, Schriftsteller und Publizisten aus beiden Ländern, die in den sechziger Jahren die Brücken über die schmerzliche Oder-Neiße-Grenze schlugen.

In dem Vierteljahrhundert von 1966 bis 1991 entwickelte sich allmählich mehr deutsch-polnische Nähe von unten. Den Vordenkern und Emissären der neuen Ostpolitik folgte mit der größeren Freizügigkeit der Entspannungspolitik die riesige Welle deutscher Heimwehtouristen, und umgekehrt gab es nicht nur polnische Einkaufstrips in die DDR, sondern nach und nach auch mehr Besuche in Westdeutschland. Deutsch-polnische Themen - vom Streit über die Schulbuchempfehlungen oder den Umgang mit der im Osten nach der Helsinki-Konferenz erstarkenden Oppositionsbewegung bis zur Debatte über die Solidarność und die grandiose Paketaktion der Deutschen während des Kriegsrechts in Polen - beherrschten die Medien. Zugleich wurde in Polen bereits Mitte der achtziger Jahre innerhalb der Solidarność über einen Paradigmenwechsel in der polnischen Deutschland-Politik debattiert: Nicht die deutsche Teilung liege im polnischen Interesse, weil sie den übermächtigen Nachbarn schwäche, sondern umgekehrt - ein wieder vereintes, demokratisches, prosperierendes und im Westen verankertes Deutschland. Denn damit würde die stalinistische Barriere der DDR, die Polen vom Westen trennte, verschwinden.

Die Öffnung der Berliner Mauer ausgerechnet am Tag des Besuchs von Bundeskanzler Helmut Kohl beim ersten nichtkommunistischen Ministerpräsidenten Tadeusz Mazowiecki in Warschau erschien symbolisch für die deutsch-polnische Verquickung. In die Freude über den Fall des Eisernen Vorhangs mischte sich in Polen auch die Befürchtung, die „deutsche Frage“ könne nun die ganze Vorarbeit der Solidarność überschatten. Es kam auch zu

Spannungen wegen Kohls Lavierens in der Grenzfrage. Dennoch hielt die neue „deutsch-polnische Interessengemeinschaft“ tatsächlich. Zu keinem Zeitpunkt versuchte Warschau, die Vereinigung zu bremsen, obwohl nicht nur Margaret Thatcher ihm dies inständig zuflüsterte. Polen hätte den Prozess zwar nicht verhindern können, aber ein Versuch, ihn zu bremsen, hätte diese Nachbarschaft für lange vergiftet.

Im endgültigen Grenzvertrag von 1990 kann man nicht nur den Abschluss eines langen deutsch-polnischen Tauziehens sehen, sondern vielmehr den Ausklang einer für beide Völker und Europa unheilvollen Auseinandersetzung um die Konturen des polnischen Staates. Sie begann 1916 mit einer Auslassung in der Zweikaisererklärung und führte über die Grenzkämpfe nach dem Ersten Weltkrieg, die Revisionsversuche der Zwischenkriegszeit, die Aggression 1939 und brutale Neuzeichnung 1945 zur Akzeptanz des polnischen Staates. Der Freundschaftsvertrag von 1991 dagegen markierte schon eine völlig neue Epoche in der europäischen Zweisamkeit von Deutschen und Polen - ihre zukunftsweisende „Interessengemeinschaft“ und die deutsche Unterstützung für den polnischen Weg in die euroatlantischen Strukturen. Die Vergangenheit warf immer noch ihre Schatten - etwa im zermürbenden Streit über die Art der deutschen Musealisierung der Vertreibungen und Verkennung der polnischen Besatzungs- und Kriegsoffer oder im polnischen Argwohn, durch die deutsch-russischen wirtschaftlichen Affinitäten nicht nur einfach übergangen, sondern geradezu in alter Manier geschädigt zu werden. Der polnische Vergleich der Ostsee-Gaspipeline mit dem Hitler-Stalin-Pakt war zwar unangemessen, der Vorwurf mangelnder Solidarität mit den neuen EU-Partnern im Umgang mit Moskau aber stichhaltig. Rückfälle gab es auch in Polen, als die Nationalkonservativen mit massiven antideutschen Parolen Wahlkampf führten oder in der EU plötzlich eine Neuauflage der wilhelminischen „Mitteleuropa-Idee“ entdeckten. Doch so etwas verlor angesichts der anbrechenden neuen Zeitrechnung an Gewicht.

Hundert Jahre nach der Zweikaisererklärung sind die alten Grundmuster der deutsch-polnischen Beziehungen weitgehend überholt. In Europa kommt allmählich eine Generation zu Wort, deren erstes Generationserlebnis 9/11 war, während ihr die ostmitteleuropäische Revolution 1989 fast so fremd ist wie die französische von 1789. Die von ihren Großeltern und Eltern errichtete EU ist für sie eine gegebene, aber kalte Realität und nicht mehr ein romantisches Abenteuer, zumal der verstellte Einstieg in den Beruf keine besondere Europa-Begeisterung entfacht.

Die Einbettung der deutsch-polnischen Nachbarschaft in Europa sieht heute anders aus als 1989 oder zur Zeit der EU-Ost-Erweiterung. Ralf Dahrendorf scheint mit seiner Warnung, das 21. Jahrhundert könne autoritär werden, recht zu behalten. 2016 stürzt die ganze nördliche Hemisphäre in eine autoritär-populistische „Gegenrevolution“ gegen die liberal-demokratischen „Ideen von 1989“ ab - mit Wladimir Putin als Anti-Gorbatschow und Donald Trump als Anti-Bush senior. Auch in der deutsch-polnischen Beziehung gibt es Verschiebungen. Statt einer Umarmung wie der von Mazowiecki und Kohl 1989 in Kreisau gibt es im Europäischen Parlament eine Fraktionsgemeinschaft der polnischen Regierungspartei mit der neobismarckianischen AfD und Warschauer Dissens mit Berlin über liberale und illiberale Demokratie, Gewaltenteilung, Flüchtlingspolitik und sogar die Interpretation der Aufklärung. Während in Deutschland Kants Schrift „Zum ewigen Frieden“ allgemein als Grundstock der weltbürgerlichen Absicht und europäischer Gesinnung gilt, wird in polnischen nationalkonservativen Medien die Aufklärung vor allem als Ursprung von Gulag, Auschwitz und Hiroshima verhöhnt und „gesunder Egoismus“ sowie das „Ende der Schamkultur“ gefordert

2016 boten der Warschauer Nato-Gipfel und der 25. Jahrestag des Freundschaftsvertrages die Bühne für gemeinsame strategische Überlegungen auch zur deutsch-polnischen Zukunft. Den fünften deutsch-polnischen Vierteljahrhundertsschritt werden dann auch Trumps Präsidentschaft, die Wahlen 2017 in Deutschland und in Frankreich, der Brexit und die EU-Ostpolitik entscheidend beeinflussen.

Quelle: F.A.Z